

Politik und Religion

Susanne Pickel · Gert Pickel ·
Oliver Decker · Immo Fritsche ·
Michael Kiefer · Frank M. Lütze ·
Riem Spielhaus · Haci-Halil Uslucan *Hrsg.*

Gesellschaftliche Ausgangsbedingungen für Radikalisierung und Co-Radikalisierung



Springer VS

Politik und Religion

Reihe herausgegeben von

Antonius Liedhegener, Zentrum für Religion, Wirtschaft und Politik, Universität
Luzern, Luzern, Schweiz

Ines-Jacqueline Werkner, Institut für Interdisziplinäre Forschung, FEST,
Heidelberg, Baden-Württemberg, Deutschland

In allen Gesellschaften spielte der Zusammenhang von Politik und Religion eine wichtige, häufig eine zentrale Rolle. Auch die Entwicklung der modernen westlichen Gesellschaften ist ohne die politische Auseinandersetzung mit traditionellen wie neuen religiösen Ordnungskonzepten und Wertvorstellungen sowie deren sozialen Trägern nicht denkbar. Im weltweiten Maßstab wie speziell im Blick auf liberale Demokratien haben religiöse Orientierungen und Identitäten ganz erheblich an gesellschaftlichem und politischem Einfluss gewonnen. Die Buchreihe „Politik und Religion“ trägt diesem grundlegenden Trend der Gegenwart Rechnung. Bereits seit 2000 stellt sie für die Politikwissenschaft und benachbarte Sozialwissenschaften im deutschsprachigen Raum ein Publikationsforum bereit, das relevante Forschungsergebnisse zum Zusammenhang von Politik und Religion der wissenschaftlichen Öffentlichkeit vorstellt und Forschungsarbeiten auf diesem Gebiet fördert. Die Reihe ist offen für verschiedene disziplinäre und interdisziplinäre, theoretisch-methodologische, empirische und interkulturell-vergleichende Ansätze und publiziert Arbeiten, die sich systematisch und umfassend mit politikwissenschaftlich ergebnisreichen Fragestellungen zum Verhältnis von Politik und Religion befassen. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit „Politik und Religion“ soll damit in ihrer ganzen Breite dokumentiert werden, ohne dass die Herausgeber dabei mit den jeweilig bezogenen Positionen übereinstimmen müssen.

Susanne Pickel · Gert Pickel · Oliver Decker ·
Immo Fritsche · Michael Kiefer ·
Frank M. Lütze · Riem Spielhaus ·
Haci-Halil Uslucan
(Hrsg.)

Gesellschaftliche Ausgangsbedingungen für Radikalisierung und Co-Radikalisierung

 Springer VS

Hrsg.

Susanne Pickel
Institut für Politikwissenschaft
Universität Duisburg-Essen
Duisburg, Nordrhein-Westfalen
Deutschland

Gert Pickel
Theologische Fakultät
Universität Leipzig
Leipzig, Sachsen, Deutschland

Oliver Decker
Else-Frenkel-Brunswik-Institut
Universität Leipzig
Leipzig, Sachsen, Deutschland

Immo Fritsche
Wilhelm-Wundt-Institut für Psychologie
Universität Leipzig
Leipzig, Sachsen, Deutschland

Michael Kiefer
Institut für islamische Theologie
Universität Osnabrück
Osnabrück, Niedersachsen, Deutschland

Frank M. Lütze
Theologische Fakultät
Universität Leipzig
Leipzig, Sachsen, Deutschland

Riem Spielhaus
Abteilung Wissen im Umbruch
Georg-Eckert-Institut
Braunschweig, Niedersachsen
Deutschland

Haci-Halil Uslucan
Institut für Turkistik
Universität Duisburg-Essen
Essen, Nordrhein-Westfalen
Deutschland

ISSN 2510-4748

ISSN 2510-4756 (electronic)

Politik und Religion

ISBN 978-3-658-40558-8

ISBN 978-3-658-40559-5 (eBook)

<https://doi.org/10.1007/978-3-658-40559-5>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Der/die Herausgeber bzw. der/die Autor(en), exklusiv lizenziert an Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2023

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jedermann benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des jeweiligen Zeicheninhabers sind zu beachten.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag, noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Planung/Lektorat: Jan Treibel

Springer VS ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature.

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Inhaltsverzeichnis

Radikaler Islam vs. Radikaler Anti-Islam: Gesellschaftliche Polarisierung und wahrgenommene Bedrohungen als Triebfaktoren von Radikalisierungs- und Co-Radikalisierungsprozessen bei Jugendlichen und Post-Adoleszenten	1
Susanne Pickel und Gert Pickel	
Was Expert:innen sagen. Betrachtungen des Forschungsfeldes Radikalisierung	31
Verena Schneider	
Radikalisierung und Co-Radikalisierung in islamistischen Kontexten	75
Michael Kiefer und Marvin Mücke	
Radikale in Not? Unbefriedigte soziale und psychologische Bedürfnisse als Motivatoren gruppenbasierter Radikalisierung	103
Fabian M. Hess und Immo Fritsche	
Spiele auf der Außenbahn des Feldes der Demokratie – Gravitationszentren politisch-ideologischer, religiöser und weltanschaulicher Radikalisierung	147
Susanne Pickel	
Rechtsextremismus als Endpunkt von Radikalisierung – und Vorurteile in der Bevölkerung als Brückenkonstrukte?	179
Gert Pickel, Verena Schneider und Oliver Decker	

Typisch muslimisch – typisch deutsch? Stereotype im Spannungsfeld religiöser und nationaler Identität	217
Fabian M. Hess, Kazim Celik und Marvin Mücke	
Muslim:innenfeindliche Demokratieverne: Zur autoritären Dynamik antimuslimischer Einstellungen und ihrem gesellschaftlichen Radikalisierungspotenzial	261
Cemal Öztürk, Susanne Pickel, Merve Schmitz-Vardar, Oliver Decker und Gert Pickel	
Diskriminiert-desintegriert-radikalisiert? Über einige Fallstricken der Opfer-Täter-Konstruktionen am Fallbeispiel junger türkeistämmiger Muslime	293
Hacı-Halil Uslucan, Fatih Kaya und Seçkin Söylemez	
Islam und Islamismus im Kontext von politischem Extremismus in aktuellen Schulbüchern für den Politikunterricht.	321
Radwa Shalaby und Riem Spielhaus	
Antisemitismus unter Muslim:innen: Ein Problemfeld potentieller Radikalisierung oder nur ein Instrument rechter Akteure?	351
Cemal Öztürk und Gert Pickel	
Dark Social Capital und dschihadistische Radikalisierung in Deutschland. Eine Netzwerkanalyse	399
Johannes Saal und Antonius Liedhegener	
Kurzes Fazit der präsentierten Beiträge	441
Susanne Pickel und Gert Pickel	



Radikaler Islam vs. Radikaler Anti-Islam: Gesellschaftliche Polarisierung und wahrgenommene Bedrohungen als Triebfaktoren von Radikalisierungs- und Co-Radikalisierungsprozessen bei Jugendlichen und Post-Adoleszenten

Susanne Pickel und Gert Pickel

1 Radikalisierung, Co-Radikalisierung, Demokratie, Feindbild Islam

Hinsichtlich der Frage der nach politischen Gestaltung der deutschen Gesellschaft und des demokratischen politischen Systems gibt es zunehmend ernstzunehmende Konflikte. Insbesondere über die Frage, wie mit dem Islam, islamistischer Radikalisierung und muslimischer Migration umgegangen werden

Der Artikel entstand unter Berücksichtigung des Literaturberichtes (2021) des vom BMBF geförderten Forschungsprojektes Radikaler Islam vs. radikaler Anti-Islam (RIRA, FKZ 01UG2032A), der von Susanne Pickel, Rauf Ceylan, Oliver Decker, Immo Fritsche, Frank Lütze, Gert Pickel, Riem Spielhaus und Hacı-Halil Uslucan Cemal Öztürk, Kazim Celik, Fabian Hess, Fatih Kaya, Peter Krumpholz, Marvin Mücke, Verena Schneider, Elke Seiler und Radwa Shalaby verfasst wurde. Zu weiteren Informationen über das Projekt siehe <https://projekt-rira.de/>.

S. Pickel

Institut für Politikwissenschaft, Universität Duisburg-Essen, Leipzig, Deutschland

E-Mail: susanne.pickel@uni-due.de

G. Pickel (✉)

Institut für Praktische Theologie, Universität Leipzig, Leipzig, Deutschland

E-Mail: pickel@rz.uni-leipzig.de

© Der/die Autor(en), exklusiv lizenziert an Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2023

S. Pickel et al. (Hrsg.), *Gesellschaftliche Ausgangsbedingungen für Radikalisierung und Co-Radikalisierung*, Politik und Religion, https://doi.org/10.1007/978-3-658-40559-5_1

soll, geraten Befürworter einer „offenen Gesellschaft“ (Popper 1992) in Auseinandersetzungen mit Befürwortern einer nationalen Abschottung. Diese gesellschaftspolitischen Konflikte erzeugen Polarisierungs- sowie Spaltungsprozesse in der deutschen Gesellschaft, die Gefährdungen für die Demokratie beinhalten (G. Pickel et al. 2020b). Religion in Form der religiösen Zugehörigkeit zur Glaubensrichtung des Islam spielt dabei eine wichtige Rolle. Einerseits dient sie als Bezugsfaktor für eine eigene Identitätsbildung und als Rückzugsraum für Muslim:innen verbunden mit der Gefahr einer gesellschaftlichen Abschottung, andererseits fungiert die Fremdidentifikation als Muslim:in als Referenzfaktor für Abgrenzung nicht nur rechtsradikal bzw. rechtsextrem gesinnter Bevölkerungsgruppen („Wir“- und „Fremd-Gruppe“). Durch die Gleichsetzung des Islam mit seiner radikalen Ausrichtung in Teilen der nichtmuslimischen Bevölkerung wird dieser Konflikt intensiviert. Radikalität prägt bei vielen Bürger:innen Europas die Vorstellung vom Islam und führt teilweise zu massiven Abwehrhandlungen.¹

Diese Vorstellung beruht zum Teil auf der Beobachtung von Radikalisierungsprozessen unter Muslim:innen, der Rezeption von mit „dem Islam“ verbundenen negativen Ereignissen in den Medien und oft bereits länger existierenden gruppenbezogenen Vorurteilen gegenüber Muslim:innen (Adida et al. 2016; Foroutan et al. 2018; Pollack et al. 2014; Öztürk und G. Pickel 2019; G. Pickel und Öztürk 2022; Strabac und Listhaug 2007; Fleischmann et al. 2011; Di Stasio et al. 2019; Connor und Koenig 2018; Welply 2018; Berger und Berger 2019). Entsprechende Prozesse sind in Ostdeutschland bei geringerer Kontakterfahrung stärker ausgeprägt als in Westdeutschland, wo häufiger konkrete Erfahrungen, auch positiver Art, vorliegen (G. Pickel und Yendell 2016). Dieses ungünstige Meinungsklima schafft einen Raum, in dem existierende Vorurteile und Rassismen mitunter diskriminierende Akte mit sich bringen. Dies drückt sich auch im konkreten Umgang mit Muslim:innen aus: Muslim:innen werden häufiger bei Wohnungsgesuchen abgelehnt, oder bei Stellenausschreibungen nicht berücksichtigt, um nur zwei Beispiele zu nennen. Auf diese Weise entstehende *negative Erfahrungen* begünstigen wiederum bei jungen Muslim:innen die Bereitschaft, sich von der deutschen Gesellschaft zu distanzieren – und sich im schlechtesten Fall und unter bestimmten Rahmenbedingungen zu radikalisieren. Hier kann die religiöse Verankerung in spezifischen muslimischen Gemeinschaften eine Rolle spielen (Ceylan und Uslucan 2018; Antes und Ceylan 2017). Können in einer liberalen Religionsgemeinschaft entsprechende Radikalisierungsbestrebungen aufgefangen und in konstruktive Nutzung demokratischer Möglichkeiten umgelenkt werden,

¹An dieser Stelle sei ganz herzlich Frau Malina Nogossek für ihre sorgfältige und umfangreiche Korrektur und sprachliche Prüfung der Texte im Band zu danken.

besteht das Risiko, dass gerade in dogmatischen oder zur Abgrenzung neigenden Gemeinden die Möglichkeiten einer Radikalisierung steigen. Dabei sind es gerade die jungen Bürger:innen auf muslimischer Seite, die biographisch gesehen besonders zu radikalen Lösungen neigen (Doosje et al. 2013; Lyons-Padilla et al. 2015; Ceylan 2014; Verkuyten 2018).

Ähnliches gilt allerdings auch für nichtmuslimische Jugendliche und junge Erwachsene. Auch diese neigen – verschiedenen Studien zufolge (Milbradt et al. 2022; Kiefer 2020; Kurtenbach et al. 2020) eher zur Radikalisierung. Besonders im rechtsradikalen bis rechtsextremistischen Lager ist ein starker Argumentationsbezug auf Muslim:innen (im Sinne von Verschwörungserzählungen wie der einer „Umvolkung“ oder eines „Großen Austausches“) zu erkennen. Die entsprechenden Argumente weisen auf eine Verbindung zwischen öffentlichen Diskursen über einen „gefährlichen Islam“ hin. Wahrnehmung von radikalen Gruppen, wie z. B. Salafisten, auf muslimischer Seite, unterstützen eine Radikalisierung auf der rechten Seite des ideologischen politischen Spektrums – oder werden von diesem zumindest als Begründungshilfe verwendet.

Radikalisierung bedarf in der Regel eines Widerpartes, an dem sie sich orientiert und der ihr Legitimation verleiht (Ebner 2017b). Dies können die gesellschaftlichen Verhältnisse, das politische System oder andere gesellschaftliche Gruppen sein, deren Kultur, Lebensweise, Religion oder ethnische Zugehörigkeit als inkompatibel mit den eigenen Vorstellungen von einer für die Gesellschaft angemessenen politischen und gesellschaftlichen Ordnung angesehen wird. Diese Inkompatiblen gilt es zu bekämpfen, im besten Fall loszuwerden. Die entsprechenden Radikalisierungsprozesse können – unserer Ansicht nach – anhand einer Radikalisierungsspirale illustriert werden, in der, entzündet an Bedrohungsgefühlen, eine zunehmend feindselige Abgrenzung größerer gesellschaftlicher Gruppen in Richtung einer Ablehnung der demokratischen und pluralistischen Gesellschaft voranschreitet. Beide Gruppen bedingen einander, indem sie sich scheinbar gegenseitig eine Legitimierung ihrer religiösen und politischen Einstellungen und Handlungen liefern. Damit ist es unser Ziel, Radikalisierung nicht erst dann zu messen, wenn sie gewalttätig wird, sondern bereits im Vorfeld der Einstellungen, Vorurteile und Rassismen, die eine weitere Radikalisierung ermöglichen. Wir schließen uns dabei an Grundüberlegungen der sozialpsychologischen Radikalisierungsforschung und der Vorurteilsforschung an. Da diese Prozesse aber in einem gesellschaftlichen und gesellschaftspolitischen Kontext stehen, versuchen wir auch Wechselwirkungen zwischen der politischen Kultur einer Gesellschaft (Almond und Verba 1963; S. Pickel und G. Pickel 2006; Pickel 2018) und Prozessen der Radikalisierung in den Blick zu nehmen.

2 Co-Radikalisierung von Muslim:innen und Nicht-Muslim:innen

2.1 Radikalismus und Radikalisierung – Definitiorik

Was bedeuten Radikalismus, Radikalität und Radikalisierung und warum sind sie für eine demokratische Gesellschaft problematisch? Radikalismus und Radikalisierung als normativ nicht eindeutige Begriffe sind abhängig von der jeweils geltenden normativen Ordnung. In Demokratien wird Radikalisierung als gegen das demokratische politische System gerichtet definiert. Links- und Rechtsextremismus, religiöser Fundamentalismus, Salafismus und politische Gewalt werden nicht selten in einem Atemzug genannt. Extremismus wird so als Synonym für Radikalität verwendet und beschreibt ein Krisenphänomen, das die bestehende politische und gesellschaftliche Ordnung herausfordert (Abay Gaspar et al. 2019, S. 15–16). Dies kann man auch prozesshaft sehen: In diesem Sinne definiert Khosrokhavar (2015, S. 1; 2016) *Radikalisierung* als „den Prozess, durch den ein Individuum oder eine Gruppe eine gewaltsame Handlungsform wählt, die unmittelbar mit einer extremistischen Ideologie mit politischem, gesellschaftlichem oder religiösem Inhalt verbunden ist, die die etablierte Ordnung auf politischer, gesellschaftlicher oder kultureller Ebene herausfordert“ (Übersetzung SP). Radikalisierung integriert somit den zunehmenden Entzug politischer Unterstützung für das bestehende politische System, ein Schwinden der normativen und empirischen Legitimität und ein Hinterfragen und Bezweifeln der Rechtmäßigkeit (Legitimation) der politischen Ordnung. Dieses Bezweifeln umfasst nach der Definition von Khosrokhavar auch Gewalthandlungen. Der Fluchtpunkt einer Radikalisierung in diesem Sinne wäre die extremistische, d. h. systemumstürzende, Gewaltanwendung.

Im ursprünglichen Sinn des Wortes meint Radikalismus zunächst lediglich, gesellschaftliche Probleme und Konflikte „von der Wurzel her“ anzupacken (Bundesamt für Verfassungsschutz o. J.). Die Absicht, eine gesellschaftliche oder politische Ordnung beseitigen zu wollen, wie sie dem Extremismus inhärent ist, fehlt dem Radikalismus zunächst. „[Radikale] grenzen sich zu extremistischen Bestrebungen dadurch ab, dass sie sich innerhalb des demokratischen Spektrums bewegen und keine Gewaltlegitimation zur Erreichung von Zielen oder zur Durchsetzung der eigenen Ansichten kennen [...] Radikale zwingen nicht, sie insistieren und versuchen zu überzeugen. Damit sind Radikale und Extremisten nicht gleichzusetzen“ (Dienstbühl 2019, S. 72). Im Zuge der Radikalisierung der Radikalen werden sie erst zu (gewaltbereiten) Extremisten.

Abay Gaspar et al. (2019, S. 20) verbinden beide Ansätze in ihrem Radikalisierungsbegriff. In ihrem breiten Verständnis definieren sie „*Radikalisierung als die zunehmende Infragestellung der Legitimation einer normativen Ordnung und/oder die zunehmende Bereitschaft, die institutionelle Struktur dieser Ordnung zu bekämpfen*“ (Hervorhebung im Original). Diese Definition inkludiert Gewalthandlungen zunächst nicht. Auch Kruglanski et al. (2019, S. 35–36, 40) argumentieren in diesem Sinne. Extremismus ist ein Zustand, zu dem sich das Individuum radikalieren kann: „[R]adicalization boils down to individual decisions and consequent behavior“. Aus diesem Blickwinkel bringen strukturelle, gesellschaftliche Faktoren nur dann eine Radikalisierung hervor, wenn sie individuelle psychologische Prozesse lostreten. Mit Extremismus wird dann wiederum ein allgemeines Phänomen beschrieben, das in seiner besonderen Form auch gewalttätig sein kann. Der Prozess des sich Hineinentwickelns in extremistische Überzeugungen wird als Radikalisierung bezeichnet. Die Stadien der Radikalisierung sind wiederum kontinuierlich und eine Frage des Radikalisierungsgrades (Kruglanski et al. 2019, S. 40). Wie weit sie in Richtung Gewaltbereitschaft und Gewalttätigkeit gehen, hängt vom Umfang des motivationalen Ungleichgewichtes ab. Grundlage der Radikalisierung ist das Streben nach individueller oder sozialer Bedeutung. „The quest for significance is the fundamental desire to matter, to be someone, to have respect“ (Kruglanski et al. 2019, S. 42). Honneth (1995) sieht in diesem Kampf um Anerkennung die Grundlage und Motivation für (alle) gesellschaftlichen Konflikte.

Radikalisierung ist dabei kein Prozess, der nur zwischen zwei Zuständen – radikal oder nichtradikal – unterscheidet. Radikalisierung kann einen Verlauf nehmen. Dieser Verlauf kann gebrochen werden oder sich stringent fortsetzen, je nach Umfeldbedingung. Eine mögliche Sortierung des Prozesses ist eine dreistufige Entwicklung, die Radikalisierung ohne Gewalt, in die Gewalt und in der Gewalt unterscheidet (Abay Gaspar et al. 2019). Inhärent ist diesem Begriff das Verständnis als *prozesshaft*, analytisch, weit, handlungsorientiert und diskursiv, politisch und gesellschaftlich. Sein Vorteil ist, dass es Radikalisierung nicht erst beim Übertritt in die Gewalt identifiziert, sondern bereits bei der Manifestation von Einstellungen und Überzeugungen (Radikalisierung ohne Gewalt), die eine Grundlage, aber nicht die zwingende Notwendigkeit weiterer Radikalisierung ermöglichen. So kann man dann auch viele Studien zur Entstehung von Terrorismus als auf eine Radikalisierung in die oder in der Gewalt ausgerichtet verstehen (Moskalenko und McCauley 2020, S. 20–35; Doosje et al. 2016; Barlett und Birdwell 2013).

2.2 Radikalisierung als Folge von Bedürfnissen und Anerkennungsdefiziten?

Was sind mögliche Auslöser von Radikalisierungsprozessen? Hierfür existieren verschiedene Modelle (z. B. Beelmann 2019, S. 191–195) bis hin zu der Überzeugung, dass Radikalisierung sowieso ein multiprozessuales Phänomen ist, das viele unterschiedliche Wege beschreiten kann (McCauley und Moskalkenko 2011). Kommen die einen Ansätze stärker aus der Richtung sozial- und politikwissenschaftlicher Erklärungen, beruhen andere auf sozialpsychologischen Modellen. Sozialökonomische Erklärungsansätze identifizieren Statusverluste von Gruppen bzw. das Gefühl von Statusverlusten und Benachteiligung als Ausgangspunkt von Radikalisierung (Lubers et al. 2002). Hier können aktuelle Debatten über Modernisierungsgewinner und Modernisierungsverlierer anschließen. Nicht weit entfernt liegen Überlegungen zu Desintegration als Reaktion auf Gefühle fehlender ökonomischer wie politischer Berücksichtigung. Typische Merkmale finden wir auf den Ebenen der politischen Unterstützung des Systems (mangelndes Vertrauen in politische Institutionen, sinkende Unterstützung der Demokratie) und einer Radikalisierung des eigenen Protestverhaltens. Referenzgruppen sind hier aber meist die politischen Eliten, wenn auch die relative Positionierung oder Benachteiligung gegenüber anderen Gruppen der in Gesellschaft auch eine Rolle spielt. Ebenfalls von Bedeutung ist die sozialräumliche Komponente (Kurtenbach 2021, S. 21–30). Sozialpsychologisch spielen Bedürfnisse, Selbstwahrnehmung und Kontrollgewinn eine wichtige Rolle. Beelmann (2019, S. 197) markiert dabei Identitätsprobleme, Vorurteilsstrukturen wie auch Ideologie und Dissozialität als wichtige Faktoren von Radikalisierung.

Aufgrund unseres Designs, des Bezuges sowohl auf Bevölkerungseinstellungen als auch sozialpsychologische Zugänge und dem Gedanken einer wechselseitigen Radikalisierung, lehnen wir uns an die Überlegungen von Kruglanski et al. (2019) und seiner *Significance Quest Theory* an. In ihnen wird die Frage gestellt, wie es zu Radikalisierung in die Gewalt kommt. Nach der Quest for Significance Theory ist dies dann der Fall, wenn drei Voraussetzungen erfüllt sind (Kruglanski et al. 2019, S. 42–64): Das Individuum als solches und die Gruppe, zu der es sich zugehörig fühlt, erleiden einen *Bedeutungsverlust*. Faktoren, die diese Entwicklung begünstigen (*Push-Faktoren*) sind das Gefühl individueller Deprivation, die Furcht vor Bedeutungsverlust oder die Bedrohung der individuellen oder sozialen Bedeutung. Zu den Push-Faktoren gehören auch Identitätskrisen sowie Ängste und Frustrationen, die politischer, sozio-ökonomischer oder gesellschaftlicher Art sein können, ebenso wie Erfahrungen von

Diskriminierung, Erniedrigung und Anfeindung (Ebner 2017b, S. 153; Schneider et al. 2020).

Der gefühlte Bedeutungsverlust wird dann in Richtung einer Radikalisierung wirksam, wenn sich die Möglichkeit bietet, wieder Bedeutung und Selbstwertgefühl erlangen zu können. „A humiliating, significance reducing experience creates a sense of painful confusion, arousing an individuals need for cognitive closure and a motivation to restore the feeling of certainty“ (Kruglanski et al. 2019, S. 47). Es muss also 1) ein *Bedürfnis* bestehen, individuelle oder soziale Anerkennung wiederherzustellen. Dieses Bedürfnis überwiegt die meisten anderen Bedürfnisse des Individuums. Ob dieser Wiederherstellungsprozess ohne Gewalt oder gewaltsam abläuft, hängt 2) vom *Narrativ* der Gruppe ab. Das Narrativ der Gruppe zeigt den Weg zur Wiederherstellung der individuellen oder sozialen Bedeutung. Enthält die Ideologie der Gruppe die Option, Anerkennung mit Gewalt wiederherzustellen und ist das Individuum davon überzeugt, dass die Verteidigung bedeutsamer kultureller Werte sein Bedürfnis nach Anerkennung befriedigt, dann steigt die Bereitschaft, dies mithilfe von Gewalt zu erreichen (Kruglanski et al. 2019, S. 48–50). Schließlich benötigt das Individuum ein 3) *Netzwerk* zur Umsetzung und Bestätigung seiner Radikalisierung in die Gewalt. Soziale Netzwerke „[...] serve as conduits through which individuals get acquainted with, and embrace, the ideological narrative that the network espouses and that guides their attempts to earn or restore their sense of significance“ (Kruglanski et al. 2019, S. 51). Als *Pull-Faktoren* wirken spezifische Rahmenbedingungen, wie z. B. ein:e dogmatische:r Führer:in und extremistische Gruppen, die ihren Mitgliedern eine Lösung ihrer Probleme und negativen Erfahrungen versprechen. Dies können eine Sicherheit und Anerkennung verheißende Gruppenideologie sowie die Aussicht auf Zugehörigkeit und Gemeinschaft, Ruhm und Ehre, Heldentum und Abenteuer sein. Aber auch metaphysische Heilsversprechen können zu einer starken Kraft für eine Radikalisierung werden (McDonald 2018, S. 185). Im Zuge des Prozesses der Radikalisierung verändern die betroffenen Personengruppen ihr Denken und Verhalten, gleichzeitig geht man davon aus, dass dies in einer gewissen Konformität zu ihren Persönlichkeitsmerkmalen steht. So treten in der Sozialisation bereits angelegte Einstellungs- und Persönlichkeitsmuster gegenüber anderen, später erworbenen Eigenschaften und Einstellungen verstärkt hervor (Schneider et al. 2020; Plodeck 2008; Khosrokhavar 2016).

Die im Radikalisierungsprozess inkludierten Konflikte können sowohl religiöse als auch ideologische Gesellschaftsgruppen betreffen. Sie sind geeignet, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu gefährden und die Gesellschaft durch Polarisierungsprozesse zu spalten: Einerseits werden sie politisch

begründet und trennen extreme rechte und linke politische Gruppen von der breiten gesellschaftlichen und politischen Mitte. Die Gruppen der politischen Extreme suchen in der Demokratie die Ursachen für Missstände in der Gesellschaft und streben nach ihrer Veränderung, wenn nicht Ablösung durch nicht-demokratische Systemkomponenten wie Einparteienherrschaft oder einen starken politischen Führer. Andererseits herrscht Uneinigkeit über die Frage, wie mit dem Islam, islamistischer Radikalisierung und muslimischer Migration umgegangen werden soll. So ist die Einordnung „des Islam“ als Ursache der Radikalisierung umstritten (Aslan 2017; Kiefer 2020; Roy 2006; Kepel 2017; Roy 2010). Teilweise besteht sogar die Vermutung, dass durch die Fokussierung auf islamistische Radikalisierung eine als gefährlich gebrandmarkte Referenzgruppe erst geschaffen werde und dadurch eine bewusste Markierung als „Sicherheitsgefährdend“ erfolge (Fadil et al. 2019, S. 31). Potentielle referentielle Radikalisierungen unter Muslim:innen schließt dies aber nicht aus (Kart et al. 2021, S. 4).

2.3 Co-Radikalisierung in Stufen

So kann es eben sein, dass Wahrnehmungen einer potentiellen Gefährdung durch Muslim:innen zu komplementären kollektiven Bedrohungsreaktionen und entsprechender Radikalisierung in nicht-muslimischen Gruppen führen. Diese, als Co-Radikalisierungen beschriebenen Entwicklungen werden als Reaktion auf die wahrgenommene Radikalisierung einer anderen Gruppe verstanden. Allerdings ist dies nur eine Deutung des Begriffes Co-Radikalisierung. Das Phänomen von parallelverlaufenden Prozessen der Radikalisierung und Co-Radikalisierung wird von verschiedenen Autoren unterschiedlich bezeichnet, z. B. als „cumulative extremism“ (Eatwell 2006), „cumulative radicalisation“ (Bartlett und Birdwell 2013), „reciprocal radicalisation“ (Bailey und Edwards 2017) oder „mutual radicalization“ (Moghaddam 2018). Ebner (2017a) spricht von einem „vicious circle“, also einem Teufelskreis, zwischen extrem-rechtem und islamistischem Extremismus. In einer deutschen Publikation zum gleichen Thema verwendet Ebner dann auch den Begriff „Radikalisierungsspirale“ (Ebner 2017b), der konzeptionell dem Ansatz unseres Forschungsprojekts nahekommmt. Ebner geht von einer wechselseitigen Bestärkung von radikalen und extremistischen Gruppen über die Wahrnehmung der Existenz und der Taten der anderen Gruppe aus. Dabei spielt die Chance auf eine sichtbare und effektive digitale Radikalisierung eine entscheidende Rolle (Ebner 2017b, 2019).

Doch auch andere Wissenschaftler:innen beschäftigen sich mit der Wechselseitigkeit von Radikalisierung. Moghaddam (2018, S. 30–37) z. B. konzipiert ein „dynamisches Modell der gegenseitigen Radikalisierung“. Es beinhaltet drei Phasen mit jeweils vier Unterphasen. Die drei Phasen gliedern sich in 1) die *Phase der Gruppenmobilisierung*, 2) die Phase der extremen *Eigengruppenkohäsion* und 3) die Phase der antagonistischen *Identitätstransformation*. Moghaddam (2018, S. 35) sieht die Phasen als flexibel und oftmals zyklisch, Phasen können sich also zwischenzeitlich überlappen. Zyklisch ist der Prozess, weil es vorkommen kann, dass an einem bestimmten Punkt im wechselseitigen Radikalisierungsprozess (z. B. am Ende von Phase 2 oder auch in der Mitte von Phase 3) eine Periode der Deradikalisierung einsetzt. Ebenso kann es sein, dass eine Gruppe das Ende der Stufe 3 erreicht, sich dann de-radikalisiert und wieder am Anfang von Phase 1 einsetzt (Moghaddam 2018, S. 35–36). Zudem müssen sich die betroffenen Gruppen nicht unbedingt immer zur gleichen Zeit in der gleichen Phase bzw. Unterphase befinden (Moghaddam 2018, S. 36).

Auf diesen und ähnlichen Konzepten aufbauend wird der Co-Radikalisierung im Kontext des RIRA-Projektes als Prozess wechselseitiger Radikalisierung zwischen konstruierten Gesellschaftsgruppen ohne eskalierende Intention verstanden (Typ 2a; siehe Kiefer und Mücke in diesem Band). Konstruierte oder imaginierte gesellschaftliche Gruppen (*die Muslime, die Deutschen*) bilden ein weites Gruppenverständnis ab, das zunächst durch stereotypisierende Zuschreibung von Eigenschaften entsteht. Durch Selbst-Zuordnung von Individuen zur „Eigengruppe“ kommt es zur Abgrenzung von der „Fremdgruppe“, wobei keine direkten Interaktionen nötig sind. Zunächst besteht keine Absicht, eine Radikalisierung der eigenen oder der Fremdgruppe zu fördern. Es gilt zu klären, wie die Eigengruppe eine Bedrohung durch die jeweilige Fremdgruppe wahrnimmt und wie sie damit umgeht. Die Konstruktion der Fremdgruppe sowie Bedrohungsgefühle gegenüber dieser Gruppe können über mediale Berichterstattung, das Narrativ der Eigengruppe oder gesellschaftliche Polarisierungsprozesse hervorgerufen und verstärkt werden. Im Zuge der Co-Radikalisierung können aus den zunächst imaginierten gesellschaftlichen Gruppen manifeste Gruppen (im engeren Sinne) entstehen. Diese interagieren untereinander mit der Absicht eine Eskalation herbei zu führen (Typ 2b; Kiefer und Mücke in diesem Band). Meist findet in diesem Typ der Co-Radikalisierung eine Radikalisierung in die und in der Gewalt statt. Ob dies geschieht, entscheidet das Narrativ der Gruppe bzw. des Netzwerks, in das sie eingebunden ist.

Dabei gelten für Prozesse der Co-Radikalisierung unter – zumeist ideologisch rechts geprägten – jungen Nichtmuslim:innen, sehr ähnliche Rahmenbedingungen als förderlich, wie bereits für die Muslim:innen ausgeführt.

Moghaddam (2018, S. 94–95) führt als Grund für den Anstieg von rechtem und nationalistischem Extremismus im Europa des 21. Jahrhunderts auf, dass Wohlstand immer ungleicher verteilt sei und die Schere zwischen Arm und Reich zunehmend auseinanderklaffe. Bestimmte Gruppen weißer Europäer fühlten sich durch diese Entwicklungen zurückgelassen. Sie erfahren eine relative Deprivation sowie eine kollektive Identitätsbedrohung – eine psychologische Bedrohung, die auf der befürchteten Eigenabwertung sowie dem befürchteten Verlust von Status und Ressourcen der Ingroup infolge des Zustroms nicht-europäischer Geflüchteter und Migrant:innen gründet. Zu diesen negativen Empfindungen treten unterstützend bestehende rassistische Tendenzen sowie ein (übersteigter) Nationalismus. Auch die öffentliche Meinung wirkt für die Co-Radikalisierung anders: Personen und Gruppen, die sich gegen „den Islam“ radikalisieren, bedienen sich einer breiten, aus Bedrohungsgefühlen und -konstrukten resultierenden Ablehnung von Muslim:innen zur Unterstützung der eigenen Position, wenn nicht gar Motivation. Sie radikalisieren sich in Referenz auf eine zunehmende Integration von Muslim:innen in die deutsche Gesellschaft, muslimische oder als muslimisch gedeutete Zuwanderung sowie eine Wahrnehmung muslimischer Radikalisierung. Die Ablehnung von Muslim:innen dient als instrumentelle Motivation für das Ausleben bereits bestehender Vorurteile und Rassismen.

In diesem Feindbild können sich auch vermeintlich gegensätzliche Ideologien vereinen, wie sie sich in reziproken Radikalisierungsverläufen von links- bis rechtsextremen sowie radikal säkularen oder radikal religiösen Positionen zeigen. Moghaddam (2018, S. 104) zeigt Gemeinsamkeiten zwischen rechtsextremen nationalistischen Bewegungen und extremistischen islamistischen Bewegungen auf. Beide a) sind autoritär und antidemokratisch, b) greifen Moderate und Liberale an, c) wollen die Idee einer offenen Gesellschaft zerbrechen und d) heißen regressive Geschlechterrollen und familiäre Beziehungen für gut. Um die Ideale der Demokratie und einer offenen Gesellschaft zu verteidigen, ist es daher aus Moghaddams Sicht zwingend erforderlich, dass die Kräfte, die sich für Demokratie einsetzen, die Gefahr dieser wechselseitigen Radikalisierung wahrnehmen und lernen, wie sie diese unterbinden können (Moghaddam 2018, S. 104–105). Ein Weg, um dieser Herausforderung zu begegnen, ist ein effektiveres System der Integration von Minderheiten in die „Mainstream“-Gesellschaft, das die Rekrutierungsbasis für Radikalisierung verringert. Ein möglicher Weg könnte aus seiner Sicht zum Beispiel „omniculturalism“ sein, der voraussetzt, dass die (gemeinsame) Sozialisation junge Menschen dazu bringt, den Gemeinsamkeiten der Menschen eine Priorität über nationale, kulturelle oder ethnische Identitäten zu geben und nicht die Differenzen zu betonen. Dabei sollen

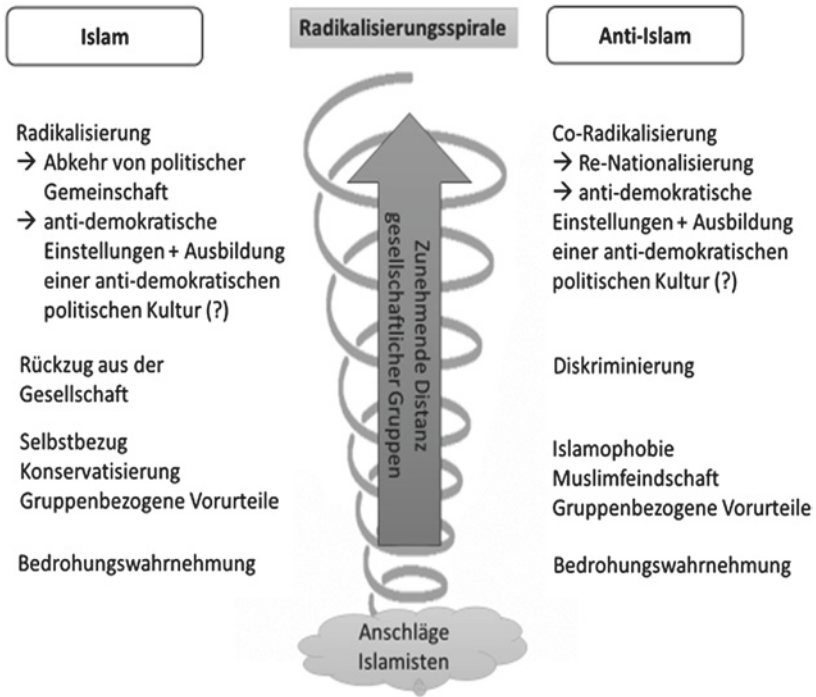


Abb. 1 Radikalisierungsspirale. (Quelle: eigene Darstellung, RIRA-Projekt)

sich die jungen Bürger:innen vor allem bewusst werden, wie die Mitglieder aller Gruppen bestimmte Merkmale teilen, nicht, worin sie sich unterscheiden.

3 Das Konzept der Radikalisierungsspirale in Theorie und Empirie

3.1 Radikalisierungsspirale

Vor dem Hintergrund dieser Radikalisierungs- und Co-Radikalisierungsprozesse wird eine Radikalisierungsspirale in Gang gesetzt (Abb. 1): Aus einem Gefühl der Bedrohung entstehen gruppenbezogene Vorurteile. Die

Bedrohung muss dafür nicht real sein, niemand muss sie aussprechen oder durch Terrorakte herstellen. Allein das Gefühl bedroht zu werden, führt zu einer Zunahme von Diskriminierung und Ausgrenzung von Muslim:innen und Menschen, die für Muslim:innen gehalten und als solche kategorisiert werden (G. Pickel und Yendell 2016, 2022; Spielhaus 2011a, b). Insbesondere wiederholtes Diskriminierungserleben bedroht persönliches Wohlbefinden sowie die Wahrnehmung persönlicher Kontrolle, beispielsweise durch geringen wahrgenommenen sozialen Status und die eigene Abhängigkeit von negativen gruppenbezogenen Stereotypen (Branscombe et al. 1999; Fritsche 2022; Jonas et al. 2014). Insbesondere dann, wenn – wie im Falle der eigenen Religion – die Zugehörigkeit zur diskriminierten Eigengruppe nicht einfach aufgegeben werden kann, erhöht Diskriminierung häufig erst die persönliche Identifikation mit dieser Gruppe (Branscombe et al. 1999) sowie deren Werten und Merkmalen (Skrobanek 2007; Kruglanski et al. 2019). Aus Sicht der Sozialpsychologie hilft die *Social Identity Theory* diesen Prozess zu erklären: Die erhöhte Identifikation mit der eigenen Gruppe dient der Aufrechterhaltung des bedrohten Selbstwerts und bedrohter Kontrolle, besonders dann, wenn die hohe Wertigkeit (Tajfel und Turner 1986) und die Handlungsfähigkeit (Fritsche et al. 2013) der eigenen Gruppe herausgestellt werden können. Als Folge werden Muslim:innen nicht-muslimische Fremdgruppen ab oder übernehmen Denk- und Handlungsweisen, die die eigene religiöse Gruppe von anderen abgrenzen (Stollberg et al. 2017). Unter Muslim:innen wird in diesem Fall die Identifikation mit der (teils fremdkategorisierten) Eigengruppe erhöht und gleichzeitig die Identifikation mit der deutschen Gesellschaft erschwert.

Dass als Muslim:innen markierte Personen maßgeblich über ihre (vermeintliche) religiöse Zugehörigkeit abgewertet und über diese adressiert werden, legt ihnen eine Identifikation als muslimisch nahe. Kommt es zu spezifischen Rahmenbedingungen in der Gruppe, wie eine religiös-dogmatische Ausrichtung, eine dominante Führerfigur oder ein als besonders ablehnend empfundenes Umfeld, dann kann dies eine mit Identifikation verbundene Radikalisierung der Gruppenmitglieder mit sich bringen (Aslan 2017; Koopmans 2015; Baily und Edwars 2017; G. Pickel 2020; G. Pickel et al. 2020a; Verkuyten und Martinovic 2012; Lindemann und Stolz 2021). Es entstehen kulturelle Gräben zwischen den Befürworter:innen einer offenen und pluralistischen Gesellschaft und Unterstützer:innen von national-ethnisch homogenen Gesellschaftsvarianten (Hekma 2002; Spierings 2018; Verkuyten und Yildiz 2010). Die religiöse Zugehörigkeit zum Islam dient als Bezugspunkt für eine eigene Identitätsbildung und als Rückzugsraum für Muslim:innen. In dieser Funktion birgt die Religion die Gefahr einer gesellschaftlichen Abschottung. Rigide Religionsauffassungen unterstützen diesen Prozess (Boos-Nünning und Karakasoglu

2005). Entsprechend finden auch antidemokratische Werte und Einstellungen unter den betroffenen Muslim:innen eine stärkere Verbreitung und Akzeptanz, besonders, wenn alternative (autoritäre) Deutungsangebote vorliegen (Ceylan 2010). Im ungünstigsten Fall kann sich eine von der demokratischen politischen Kultur abgekoppelte nicht-demokratische Subkultur ausbilden, die aktiv um Unterstützer:innen wirbt und zu einer antidemokratischen Radikalisierung anregt.

Gleichzeitig nutzen nationalistische Gruppen die Fremdidentifikation als Muslim:in als Referenzfaktor für eine Abgrenzung dieser Personen oder Gruppen („Wir“- und „Fremd-Gruppe“). Wenn es darum geht, „Fremdeinflüsse“ auf die deutsche Gesellschaft abzuwehren, ist besonders im rechtsextremistischen Lager ein starker Bezug auf Muslime (im Sinne von Verschwörungstheorien wie der „Umvolkung“) zu erkennen. Weltanschaulich rigide Überzeugungen von der Überlegenheit der eigenen politischen Orientierung fördern diese Prozesse ähnlich wie im Fall des religiösen Dogmatismus. Gestützt wird diese Form der Radikalisierung durch bestehende Persönlichkeitsstrukturen. So neigen Personen mit einer eher autoritären Überzeugung eher zur Radikalisierung als Personen ohne eine solche Überzeugung (Adorno 1950; Decker und Brähler 2018, 2020).

Werden reaktive Radikalisierungsprozesse auf muslimischer Seite sichtbar, dann erzeugen sie aufs Neue eine angstinduzierende Wirkung in breiteren Teilen der Bevölkerung. Diese Ängste treiben die Radikalisierungsspirale an, die als Ausbreitung islamfeindlicher Einstellungen (Muslimfeindschaft, gruppenbezogene Vorurteile) aufseiten der nichtmuslimischen Bevölkerung sowie als wachsende Bereitschaft für den radikalen Islamismus auf Seite der muslimischen Bevölkerung sichtbar wird. Wahrgenommenes radikalisiertes Handeln von Muslim:innen stellt für nicht-muslimische Gruppen damit eine mögliche Quelle eigener Bedrohung dar, beispielsweise, wenn Nicht-Muslim:innen die eigene kulturelle Hegemonie infrage gestellt sehen oder von Muslim:innen aggressives Verhalten erwarten (Adida et al. 2016; Asbrock und Fritsche 2013; Foroutan et al. 2018; Pollack et al. 2014; G. Pickel und Yendell 2016; G. Pickel und Öztürk 2018; Koopmans et al. 2019; Öztürk und G. Pickel 2019).

3.2 Stufe 1: Bedrohungswahrnehmung

Für die Plausibilität der These einer Radikalisierungsspirale und ihrer Teilannahmen, die unser Forschungsprojekt RIRA leiten, finden sich in der internationalen Forschung Indizien. 1) Dass islamistischer Terror zu Bedrohungswahrnehmungen führt und kollektiven Vorurteilen gegen Muslim:innen das Feld bereitet, belegen mehrere Studien (u. a. Ciftci 2012; Dunwoody und McFarland

2018; Kaya 2015; G. Pickel und Öztürk 2018; Schlueter et al. 2020; Strabac und Listhaug 2007). Sie zeigen, dass gegen Muslim:innen gerichtete Vorurteile von vielfältigen Faktoren verursacht werden. Während ein hohes Alter, relative Deprivationswahrnehmungen, und Nationalismus – vor allem dann, wenn er auf ethnozentrischen Prämissen beruht – eine Ablehnung von Muslim:innen begünstigen, erweisen sich höhere Bildungsabschlüsse und positiv wahrgenommene Kontakte mit Migrant:innen als Puffer gegen anti-muslimische Vorurteile. Unter allen Ursachenvermutungen sticht jedoch ein Faktor heraus: die *Bedrohungswahrnehmungen gegenüber dem Islam und den Muslim:innen*. Ciftci (2012, S. 307) resümiert in diesem Zusammenhang: „fear of Muslims and perceived threat accounts for much of the variation in the realm of attitudes. Western citizens view Muslims as fanatical, violent, and supportive of terrorism because they perceive them to be threatening to their physical well-being and cultural values“.

Auch andere *soziologische* und *politikwissenschaftliche* Arbeiten im Bereich der Forschung zu Islamophobie und Muslimfeindlichkeit legen nahe, dass Bedrohungsgefühle gegenüber und Bedrohungswahrnehmungen seitens des Islam gruppenbezogene Vorurteile bis hin zu rechtsextremen Haltungen und Verhaltensweisen hervorrufen und fördern können (Helbling 2012; G. Pickel und Yendell 2022). Psychologisch entsteht Bedrohungsmotivation dann, wenn Personen glauben, eine Anforderung nicht angemessen bewältigen bzw. einen aversiven Zustand nicht kontrollieren zu können (Blascovich und Tomaka 1996). Jüngere Forschung in der experimentellen Sozialpsychologie zeigen, dass die Bedrohung persönlicher Handlungsfähigkeit und Kontrolle, zwei psychologische Grundbedürfnisse darstellen (Pittman und Zeigler 2007), sowie soziales Denken und Handeln verändern (Landau et al. 2015). Gemäß dem (in Abb. 2 mit Projektbezug skizzierten) sozialpsychologischen *Modell gruppenbasierter Kontrolle* neigen Personen, die sich ihrer persönlichen Kontrolle beraubt fühlen bzw. diese für geringhalten, verstärkt zu gruppenbasiertem „Wir-Denken“ (Fritsche 2022). Das „Wir-Denken“ sorgt dafür, dass diese Personen durch ein soziales, nicht personales Selbst das Gefühl der Kontrolle zurückerhalten (Fritsche 2022, S. 196; Fritsche et al. 2011, 2013). Solche Gruppenzugehörigkeiten werden bedeutsam, wenn die Individuen sie mit kollektiver Handlungsfähigkeit assoziieren (agency; Stollberg et al. 2015, 2017) oder zumindest mit der Möglichkeit rechnen, über eigenes gruppenkonformes oder gruppendienliches Handeln die Wahrnehmung kollektiver Wirksamkeit zu erzeugen. Dieser Mechanismus begründet ein bedingtes Konflikteskalationsmodell für muslimische und nichtmuslimische Bürger:innen.

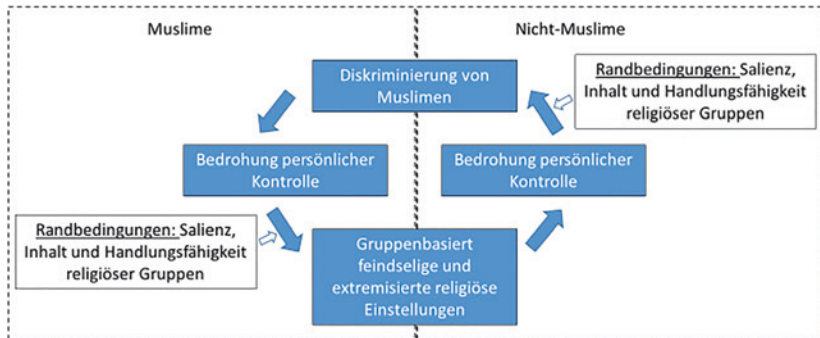


Abb. 2 Sozialpsychologisches Bedrohungs-Co-Radikalisierungsmodell. (Quelle: Fritsche, konzeptionelle Überlegungen (siehe auch Fritsche 2022))

3.3 Stufe 2: Vorurteile

Vorurteile gegen Muslime als Gruppe und als muslimisch gelesene Menschen als Individuen schränken diese Rückgewinnung kollektiver und individueller Wirksamkeit ein. Als „fremd“ identifizierte Personen sind eben kein Bestandteil der „Wir“-Gruppe, Vorurteile bilden eine Basis der Zuschreibung und Exklusion. Unumstritten ist, dass sich die weit verbreiteten Vorurteile gegen Muslim:innen für rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien als starke Mobilisierungsfaktoren erwiesen haben und ein Grund für ihre pan-europäischen Erfolge sind (Betz 2016; Brubaker 2017; Hafez 2014; Kallis 2018; Zúquete 2008). Rechtspopulistische Parteien inszenieren sich als Verteidiger des christlichen Abendlandes, das gegen eine islamische Gefahr verteidigt werden muss (Schwörer und Romero-Vidal 2020) und punkten mit diesen Grenzziehungen zwischen den angeblich unvereinbaren Kulturen bei den Wähler:innen (S. Pickel 2019). Ablehnende Haltungen gegenüber Muslim:innen sind ein robuster Prädiktor für die Wahl rechtspopulistischer Parteien (Öztürk und G. Pickel 2019; Lubbers und Coenders 2017). Die Polarisierung in der Gesellschaft wird durch eine Bestärkung von rechtsextremen Positionen wie auch durch autoritäre Einstellungen beschleunigt. Entscheidend hierfür sind in der Bevölkerung verankerte Distanzen zur Gruppe der Muslim:innen (Pollack et al. 2014), die Ethnisierung der Muslim:innen (Kaya 2015) sowie entsprechende Zuschreibungsprozesse. Entsprechend wird die Ablehnung von Muslim:innen in der deutschen (wie anderen) Bevölkerung(en) durch populistische Motivation und gewachsene Bedrohungsgefühle seit 2015 massiv bestärkt (G. Pickel und S. Pickel 2018; G. Pickel

2019). Sie führen zu einer Zunahme anti-demokratischer Einstellungen (wie die politische Kulturforschung belegen kann) und wirken sich auf Abwertungsprozesse anderer Sozialgruppen aus (Decker und Brähler 2018; Öztürk und G. Pickel 2021). Mitts (2019) zeigt in einer Studie, dass hohe Stimmanteile und Feindseligkeiten gegen Muslim:innen auf der lokalen Ebene mit einer Online-Radikalisierung einhergehen, die sich in sympathisierenden Tweets für den sogenannten „Islamischen Staat“ (ISIS) äußern. Schmuck und Tribastone (2020) zeigen, dass die islam- und muslimfeindliche Agitation rechtspopulistischer Parteien Diskriminierungswahrnehmungen unter jungen Muslim:innen hervorrufen (auch Milbradt et al. 2022).

3.4 Stufe 3: Diskriminierung und Rückzug

Es liegt also nahe, dass diese kollektiven Wahrnehmungsstrukturen die Grundlage für Diskriminierungsverhalten sowie ein in vielen Punkten negatives Meinungsklima für Muslim:innen in Deutschland darstellen. Auf diese Weise werden Gelegenheitsstrukturen eröffnet, die Radikalisierung bei Muslim:innen erleichtern. Studien zeigen, dass Muslim:innen in verschiedenen Bereichen ihres sozialen Lebens diskriminiert werden. Sie erfahren Diskriminierung u. a. in ihrem Alltag (Berger und Berger 2019), im Bildungssektor (Bonefeld und Dickhäuser 2018; Welply 2018) und auf dem Arbeitsmarkt (Adida et al. 2016; Connor und Koenig 2018; Valfort 2017) – und zwar besonders häufig dann, wenn sie sich durch Kleidungsstil und äußeres Erscheinungsbild (z. B. Kopftücher bei Frauen und Bärte bei Männern) (scheinbar) als praktizierende Muslim:innen zu erkennen geben oder zumindest als solche gelesen werden können (Di Stasio et al. 2019; Koopmans et al. 2019). Diese Diskriminierungen werden von Muslim:innen nachweisbar wahrgenommen und als solche erlebt. Eine Umfrage unter muslimischen Migranten in 15 Mitgliedsstaaten der EU, zeigt das sich vier von zehn Befragten diskriminiert fühlen. 17 % der befragten Muslim:innen sind sich sicher, dass ihr religiöser Glaube für die Diskriminierung ausschlaggebend ist (Europäische Agentur für Grundrechte 2017). Dass insbesondere Muslim:innen, die sich stark mit ihrer Religionsgemeinschaft identifizieren, häufiger über Diskriminierungserfahrungen berichten, belegen Studien von Martinovic und Verkuyten (2012) sowie Lindemann und Stolz (2021).

Die durch Muslim:innen empfundene Diskriminierung führt zu Wahrnehmungen eingeschränkter persönlicher Kontrolle der Umwelt. Unter bestimmten Randbedingungen können sich diese Erfahrungen in gruppenbasierten, z. B. feindselig-extremistischen, religiösen Einstellungen manifestieren.

Für Nichtmuslim:innen bedroht die Wahrnehmung gegen die eigene Gruppe gerichteter feindselig-extremistischer Einstellungen (und Bedrohungen, wie z. B. Terrorismus; Asbrock und Fritsche 2013; Gonzalez et al. 2008; Stephan et al. 2000) ihre persönliche Kontrolle, was im Gegenzug die Diskriminierung von Muslim:innen als salienter Fremdgruppe erhöhen kann. Dieses Modell legt mindestens drei unterschiedliche Interventionsmöglichkeiten nahe: 1) Reduktion der Bedrohungswahrnehmungen durch Muslim:innen und Nichtmuslim:innen, 2) Angebote alternativer Gruppenzugehörigkeit (z. B. die inklusive Kategorie der „Menschen in Deutschland“), 3) Betonung de-eskalierender Eigengruppennormen (z. B. Wertschätzung von Diversität) sowie 4) Möglichkeiten, kollektive Handlungsfähigkeit außerhalb von Intergruppengewalt oder Diskriminierung zu demonstrieren (Jonas und Fritsche, 2013). Allerdings ist auch eine andere Wirkungsrichtung dieses Zusammenhangs nicht auszuschließen. Sozialpsychologisch spricht vieles dafür, dass gerade die Wahrnehmung mangelnder Akzeptanz und Anerkennung einen Rückzug in die eigene Religionsgemeinschaft begünstigt (Aydin et al. 2010; Connor 2010; Verkuyten 2018). Dies kann eine höhere Empfänglichkeit für fundamentalistische Auslegungen von Religion und Radikalisierung implizieren (Campelo et al. 2018; Doosje et al. 2013; Fleischmann et al. 2011; McCauley und Moskalenko 2011). Diskriminierungserfahrungen stehen zudem in engem Zusammenhang mit radikalen Auslegungen des Islams sowie der Unterstützung fundamentalistischer Gruppierungen (Lyons-Padilla et al. 2015; Ceylan und Kiefer 2018) und einer Akzeptanz von Selbstmordattentaten (Acevedo und Chaudhary 2015; Victoroff et al. 2012).

Wie sich zeigt, finden Prozesse wechselseitiger Radikalisierung mit Bezug auf die soziale Gruppe der Muslim:innen statt. Ihre Wirkungen entfalten sie laut religionssoziologischen und islamwissenschaftlichen Analysen besonders bei jungen Muslim:innen. So sind, neben Säkularisierungsprozessen, gelegentlich Rückzugsprozesse in die eigene, religiöse Community zu beobachten (Ceylan 2014). Diese können in eine Distanz zur gegenwärtigen Gesellschaft münden, wobei religiöse Identitätsangebote eine Rolle spielen (Antes und Ceylan 2017). Entsprechende Beobachtungen von Radikalisierungs- und Co-Radikalisierungsprozessen sowohl unter Muslim:innen als auch unter Nichtmuslim:innen zeigen sich in der aktuellen Radikalisierungsforschung (Backes 2013; Daase et al. 2019; Ebner 2017a; Kruglanski et al. 2019; McDonald 2018; Moghaddam 2018; Sirseloudi und de Buitrago 2017; siehe auch Schneider et al. 2020). Besonders für Co-Radikalisierungsprozesse der jüngeren Zeit kommt den Muslim:innen eine große Bedeutung zu: „Muslime gelten in diesem Narrativ als irrational, ungebildet, leicht manipulierbar und hochgefährlich.“ (Sirseloudi und Reinke de Buitrago 2017, S. 119), während Muslimfeinde sich als aufgeklärte, tolerante

und vernünftige Bürger:innen ansehen (Sirseldoudi und Reinke de Buitrago 2017, S. 120).

3.5 Stufe 4: Co-Radikalisierung und demokratische politische Kultur?

Diese Wechselseitigkeit von Bedrohungsdynamiken wird auch von Ebner (2017a, 2019) gesehen: Unter Rückgriff auf Daten aus einem Bericht des *Combating Terrorism Center* in West Point führt Ebner in ihrer Untersuchung Orte auf, die als Nährboden für rechten bzw. islamistischen Terrorismus gelten können (z. B. Molenbeek, Jamel etc.). Mit Hinblick auf Deutschland, Frankreich und Großbritannien stellt sie fest: „In einer bemerkenswert großen Zahl von Fällen überschneiden sich diese Nährböden von Rechtsextremisten und islamistischen Extremisten geografisch und bilden das, was ich als Brutstätten wechselseitiger Radikalisierung bezeichne“ (Ebner 2017a, S. 219–220). In diesem Zusammenhang zitiert Ebner (2017a, S. 251) Alexander Ritzmann, Research Fellow am Brandenburgischen Institut für Gesellschaft und Sicherheit (BIGS), mit den Worten: „Wir erleben faktisch einen Kreislauf der Radikalisierung in Deutschland. Die Extremisten brauchen und verstärken einander alle gegenseitig.“ Hier wird die Wechselseitigkeit der Radikalisierung im Sinne einer Radikalisierungsspirale zwischen Extremist:innen angesprochen. Gleichzeitig weist Ebner (2017a, S. 252) darauf hin, dass Sachsen „Deutschlands führende rechtsextreme Hochburg“ ist, während Nordrhein-Westfalen die größte muslimischen Bevölkerungsgruppe und die meisten Salafist:innen beheimatet (auch Ceylan und Kiefer 2017). Hier scheint also keine Überschneidung zwischen muslimischem und antimuslimischem Extremismus gegeben, was eher auf eine wechselseitige Motivation auf Distanz und unter direkter Kontaktvermeidung (G. Pickel und Öztürk 2018; Strabac und Listhaug 2007) hinzudeuten scheint. Entsprechend kommt medialen Vermittlungen im Radikalisierungsprozess große Bedeutung zu, wie auch Ebner (2019) in ihrem Buch ausarbeitet.

Radikalisierungsprozesse wie (Co-)Radikalisierungsprozesse dürften für die politische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland nicht ohne Auswirkung sein. Die Erforschung politischer Kultur(en) (statt vieler Fuchs 2007; Norris 2011; S. Pickel und G. Pickel 2016) zielt darauf ab, empirisch-analytische Aussagen über die Verankerung des politischen Systems in der Gesellschaft vorzunehmen. In den Mittelpunkt rücken somit die Einstellungen und Werteorientierungen der Bürger:innen gegenüber politischen Objekten des politischen Systems. Die paradigmatische Annahme des Forschungsansatzes lautet, dass die politische

Kultur einer Gesellschaft die Stabilität eines politischen Systems fördern, aber eben auch gefährden kann (siehe Susanne Pickel in diesem Band). Gerade aber Radikalisierungsprozesse sind gegen eben dieses System gerichtet. Und dies gilt bereits für die Einstellungsebene, auf der sich die politische Kulturforschung bewegt. So wird deutlich, dass, wenn sich bereits auf der Einstellungsebene eine antidemokratische Radikalisierung finden lässt, dies auch auf die Stabilität einer Demokratie Einfluss nehmen kann.

Grundlegend für einen gesellschaftlichen Zusammenhalt, der stabilitätsfördernd gegen eine Co-Radikalisierung wirkt, ist die *Identifikation mit der politischen Gemeinschaft*. Diese Identifikation wiederum geht von konkurrierenden Staatsbürgerkonzepten aus, die Auskunft darüber geben, welche Selbstkonzeptionen den nationalen Kollektividentitäten zugrunde liegen und welche symbolischen Grenzziehungen für die Zugehörigkeit zur Nation geltend gemacht werden (siehe auch Brubaker 1992). Gleichwohl liegt gerade an dieser Stelle ein Konfliktpotential mit Radikalisierungsmöglichkeit. Wichtig hierfür ist Zugehörigkeit und die Wahrnehmung von Zugehörigkeit. So kann idealtypisch zwischen einer *ethnischen (jus sanguinis-Prinzip)* und *zivilen (jus solis-Prinzip)* Staatsbürgerschaftskonzeption unterschieden werden. *Ethnische Staatsbürgerschaftskonzeptionen* fokussieren unveränderliche Attribute, also nativistische Merkmale (z. B. nationale Abstammung), die über die Staatsbürgerschaft entscheiden. Das Problem ist, dass dieses Denken als Referenzpunkt einer (Re-)Nationalisierung und eines exklusiven Nationalismus verstanden werden kann. Es bringt exkludierende, chauvinistische politische Einstellungen als auch eine mehr oder minder aggressive Abschottung der eigenen Nation nach außen mit sich. Im Gegensatz zu diesem Verständnis machen *zivile Staatsbürgerschaftskonzeptionen* die Vergabe der Staatsbürgerschaft vom Respekt vor nationalen politischen Institutionen und Gesetzen sowie einer gewissen Bereitschaft zur Assimilation abhängig. Wegscheider und Nezi (2021) zeigen, dass Menschen, die sich durch Menschen mit Einwanderungsgeschichte bedroht fühlen, besonders offen für ethnisch-exkludierende Konzeptionen der politischen Gemeinschaft sind. In fast allen europäischen Gesellschaften begünstigen Staatsbürgerschaftskonzeptionen, die auf ethnisch-askriptiven Merkmalen beruhen, ablehnende Haltungen gegenüber Muslim:innen. Im Umkehrschluss kann daraus allerdings nicht geschlossen werden, dass zivile Staatsbürgerschaftskonzeptionen ein Garant für tolerantere Einstellungen darstellen. Ethnische und zivile Staatsbürgerschaftskonzeptionen schließen sich nicht gegenseitig aus (Simonsen et al. 2019). So haben z. B. die vordergründig zivilen Grenzziehungen der politischen Gemeinschaft nicht selten ebenfalls einen exkludierenden Charakter für Minderheiten und Migrant:innen. Der Grund hierfür ist, dass Muslim:innen in gängigen Diskursen als eine Gefahr

für liberale Errungenschaften der Gesellschaft (z. B. für die Gleichheit der Geschlechter) geframt werden. Antimuslimische Sentimente sind deshalb nicht nur ein Charakteristikum von Wähler:innen rechtspopulistischer Parteien, die offen für nativistische Grenzziehungen werben (Betz 2016; Hafez 2014; Öztürk und G. Pickel 2019; G. Pickel 2018; G. Pickel und Yendell 2022; Zúquete 2008), sondern auch im (vermeintlich) liberalen Mainstream europäischer Gesellschaften anschlussfähig (Hafez 2013; Kallis 2018).

Die vierte Stufe der Radikalisierungsspirale fokussiert die Frage, *ob das Voranschreiten gesellschaftlicher und individueller Radikalisierungsprozesse die Herausbildung einer antidemokratischen politischen Kultur begünstigt*. Für diese Annahme finden sich Indizien: Vaughan (2020) zeigt auf Grundlage der letzten Welle der *European Values*.

Study, dass Individuen, die Menschen mit Einwanderungsgeschichte als Bedrohung wahrnehmen, es weniger wichtig empfinden, in einer Demokratie zu leben und liberal-demokratischen Kernprinzipien weniger Unterstützung entgegen bringen. Diese Zusammenhänge sind äußerst robust und kein Charakteristikum der Wählerschaften extrem-rechter bzw. rechtspopulistischer Parteien (ähnlich Schmitz-Vardar 2021; Erhardt et al. 2021). Explizite Hinweise auf ein Spannungsverhältnis zwischen antimuslimischen Orientierungsmustern und unterstützenden Haltungen gegenüber der Demokratie finden sich ebenfalls: Antimuslimische Orientierungsmuster und Bedrohungswahrnehmungen gegenüber dem Islam begünstigen eine Abwendung von der Demokratie und die Befürwortung einer politischen Führung, die Deutschland mit ‚starker Hand‘ regiert (G. Pickel 2020; siehe auch G. Pickel und S. Pickel 2018, 2019).

Gilt dies auch für die politischen Einstellungen von Muslim:innen? Norris und Inglehart (2012) zeigen, dass die Befürwortung der Demokratie und Ablehnung autokratischer Systemalternativen unter Muslim:innen vergleichsweise geringer ausfällt. Eskelinen und Verkuyten (2020) können dieses empirische Muster für Belgien, Deutschland, Großbritannien und die Schweiz bestätigen: Muslim:innen sind deutlich religiöser als der Mainstream der Gesellschaft und empfinden seltener eine affektive Verbindung gegenüber der politischen Gemeinschaft. Für beide demokratiefernen Gruppen gilt jedoch: Sowohl unter Muslim:innen als auch unter Nicht-Muslim:innen sind die Befragten, die die Demokratie nicht für eine gute Regierungsform erachten, eine kleine Minderheit. Besonders empfänglich für antidemokratische Werteorientierungen sind zudem Befragte mit einem dogmatischen Religionsverständnis – wobei das sowohl für Muslim:innen als auch vergleichbare Gruppen im Christentum zu trifft (G. Pickel 2020).

4 Zum Buch

Die in den Vorkapiteln skizzierte Radikalisierungsspirale ist der Referenzpunkt für die folgenden Kapitel des vorliegenden Buches. Unser Ziel ist es, aus unterschiedlichen Perspektiven einen Blick auf das Phänomen Radikalisierung zu werfen. Dies umfasst vom antimuslimischen Rassismus (Öztürk, S. Pickel, Schmitz-Vardar, G. Pickel und Decker; Spielhaus und Shalaby), Rechtsextremismus (Pickel, Schneider und Decker) bis hin zu muslimischen Antisemitismus (Öztürk und Pickel) und Jihadismus (Saal und Liedhegener) eine große Bandbreite an Themen. Gleichzeitig werden konzeptionelle Überlegungen zur Radikalisierung vorgelegt (Kiefer und Mücke, Hess und Fritsche, Schneider) und sich konkret mit der – manchmal verzerrten Sicht – auf Muslim:innen und dem Islam beschäftigt (S. Pickel; Hess, Celik und Mücke; Uslucan, Kaya und Söylemez). Allen Beiträgen gemeinsam ist der Versuch, das Wissen über Radikalisierungsprozesse und die Möglichkeiten zu identifizieren, sie zu unterbrechen. Das Buch verbindet das im RIRA-Konsortium vorhandene Wissen und legt eine Grundlage für die weitere (gemeinsame) Forschung.² Wir hoffen, dass die Erkenntnisse aus dem vorliegenden Sammelband für Sie als Leser:innen interessant und nachvollziehbar sind. Mehr können wir uns nicht wünschen.

Literatur

- Abay Gaspar, Hande, Christopher Daase, Nicole Deitelhoff, Julian Junk, und Manjana Sold. 2019. Vom Extremismus zur Radikalisierung. Zur wissenschaftlichen Konzeptualisierung illiberaler Einstellungen. In *Gesellschaft Extrem. Was wir über Radikalisierung wissen*, Hrsg. Christopher Daase, Nicole Deitelhoff, und Julian Junk, 15–44. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Acevedo, Gabriel A. und Ali R. Chaudhary. 2015. Religion, Cultural Clash, and Muslim American Attitudes About Politically Motivated Violence. *Journal for the Scientific Study of Religion* 54 (2):242–260.
- Adida, Claire L., David Laitin, und Marie-Anne Valfort. 2016. *Why Muslim Integration fails in Christian-Heritage Societies*. Cambridge: Harvard University Press.

²Dabei ist der Beitrag von Johannes Saal und Antonius Liedhegener als eine erste erfolgreiche Kooperation mit dem Schweizer Projekt „Radicals and Preachers. Social Networks and Identity Formation as Pull Factors of Jihadist Radicalisation in Austria, Germany, and Switzerland (RPSI)“ anzusehen. Beiden sei für ihren Beitrag ganz herzlich gedankt.

- Adorno, Theodor W. 1950. Types and Syndroms. In *The Authoritarian Personality*, Hrsg. Theodor W. Adorno, Else Frenkel-Brunswik, David J. Levinson, und R. Nevitt Sanford, 744–783. New York: Harper.
- Almond, Gabriel und Sidney Verba. 1963. *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Princeton: Princeton University Press.
- Antes, Peter und Rauf Ceylan (Hrsg.). 2017. *Muslims in Deutschland. Historische Bestandsaufnahme, aktuelle Entwicklungen und zukünftige Forschungsfragen*. Wiesbaden: Springer VS.
- Asbrock, Frank und Immo Fritsche. 2013. Authoritarian reactions to terrorist threat: Who is being threatened, the Me or the We? *International Journal of Psychology* 48 (1):35–49.
- Aslan, Ednan. 2017. *Islamistische Radikalisierung. Biografische Verläufe im Kontext der religiösen Sozialisation und des radikalen Milieus*. https://iits.univie.ac.at/fileadmin/user_upload/p_iits/Pictures_colleagues/radikalisierung_2017_07_19_onlineversion_einzelseiten.pdf. Zugegriffen: 14.05.2019.
- Aydin, Nilüfer, Peter Fischer und Dieter Frey. 2010. Turning to God in the Face of Ostracism: Effects of Social Exclusion on Religiousness. *Personal and Social Psychology Bulletin* 36 (6). <https://doi.org/10.1177/014616721036749>.
- Backes, Uwe. 2013. Zwischen Hasskriminalität und Terrorismus: politisch motivierte Gewalt in Deutschland. *Totalitarismus und Demokratie* 10 (2):325–349.
- Baily, Gavin und Phil Edwards. 2017. Rethinking ‘radicalisation’: Microradicalisations and reciprocal radicalisation as an intertwined process. *Journal for Deradicalization* 10:255–281.
- Bartlett, Jamie und Jonathan Birdwell. 2013. *Cumulative radicalisation between the far-right and Islamist groups in the UK: A review of evidence*. London: Demos.
- Beelmann, Andreas. 2019. Grundlagen eines entwicklungsbasierten Modells der Radikalisierung. In *Prävention & Demokratieförderung*. Hrsg. Marks, Erich, 181–209. Godesberg: Forum Verlag.
- Berger, Roger und Joel Berger. 2019. Islamophobia or threat to secularization? Lost letter experiments on the discrimination against Muslims in an Urban area of Switzerland. *Swiss Journal of Sociology* 45(1), 83–105.
- Betz, Hans-Georg. 2016. Against the Green Totalitarianism. Anti-Islamic Nativism in Contemporary Radical Right-Wing Populism in Western Europe. In *Europe for the Europeans. The Foreign and Security Policy of the Populist Radical Right*, Hrsg. Christina Schori Liang, 51–72. London: Routledge.
- Blascovich, Jim und Joe Tomaka. 1996. The biopsychosocial model of arousal regulation. In *Advances in experimental social psychology*. Hrsg. Marc P. Zanna, Vol. 28, 1–51. London: Academic Press. [https://doi.org/10.1016/S0065-2601\(08\)60235-X](https://doi.org/10.1016/S0065-2601(08)60235-X).
- Bonefeld, Meike und Oliver Dickhäuser. 2018. *(Biased) Grading of Students’ Performance: Students’ Names, Performance Level, and Implicit Attitudes*. *Frontiers of Psychology*. <https://doi.org/10.3389/fpsyg.2018.00481>.
- Boos-Nünning, Ursula und Yasemin Karakasoglu. 2005. *Viele Welten leben. Zur Lebenssituation von Mädchen und jungen Frauen mit Migrationshintergrund*. Münster: Waxmann.
- Branscombe, Nyla R., Michael T. Schmitt, und Richard D. Harvey. 1999. Perceiving Pervasive Discrimination among African Americans: Implications for Group

- Identification and Well-Being. *Journal of Personality and Social Psychology* 77 (1):135–149.
- Brubaker, Rogers. 1992. *Citizenship and Nationhood in France and Germany*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Brubaker, Rogers. 2017. Between Nationalism and Civilization: The European Populist Moment in Comparative Perspective. *Ethnic and Racial Studies* 40 (8):1191–1226.
- Bundesamt für Verfassungsschutz. o. J. Glossar Extremismus/Radikalismus. https://www.verfassungsschutz.de/DE/service/glossar/Functions/glossar.html?cms_lv2=678586 [01.05.2022].
- Campelo, Nicolas, Laura Bouzar, Alice Oppetit, Hugues Pellerin, Serge Hefez, Guillaume Bronsard, David Cohen und Dounia Bouzar. 2018. *Joining the Islamic State from France between 2014 and 2016: an observational follow-up study*. Palgrave Commun 4. <https://doi.org/10.1057/s41599-018-0191-8>.
- Ceylan, Rauf. 2010. *Die Prediger des Islam: Imame – Wer sie sind und was sie wirklich wollen?* Freiburg: Herder Verlag.
- Ceylan, Rauf. 2014. *Cultural Time Lag. Moscheekatechese ud islamischer Religionsunterricht im Kontext von Säkularisierung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Ceylan, Rauf und Haci-Halil Uslucan (Hrsg.) 2018. *Transformation religiöser Symbole und religiöser Kommunikation in der Diaspora*. Wiesbaden: Springer VS.
- Ceylan, Rauf und Michael Kiefer. 2017. *Lasset uns in sha'a Allah ein Plan machen*. Fallgestützte Analyse der Radikalisierung einer WhatsApp-Gruppe. Wiesbaden: Springer VS.
- Ceylan, Rauf und Michael Kiefer. 2018. *Radikalisierungsprävention in der Praxis. Antworten der Zivilgesellschaft auf den gewaltbereiten Salafismus*. Wiesbaden: Springer VS.
- Ciftci, Sabri. 2012. Islamophobia and threat perceptions: Explaining anti Muslim sentiment in the West. *Journal of Muslim Minority Affairs* 32:293–309.
- Connor Phillip. 2010. *A Theory of Immigrant Religious Adaptation: Disruption, Assimilation, and Facilitation*. Princeton NJ: Department of Sociology, Princeton University.
- Connor, Phillip und Matthias Koenig. 2018. Bridges and Barriers: Religion and Immigrant Occupational Attainment across Integration Context. *Journal of International Marketing* 47 (1). <https://doi.org/10.1111/imre.120>.
- Daase, Christopher, Nicole Deitelhoff, und Julian Junk. 2019. *Gesellschaft Extrem. Was wir über Radikalisierung wissen*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Decker, Oliver und Elmar Brähler (Hrsg.) 2018. *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität*. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Decker, Oliver und Elmar Brähler (Hrsg.) 2020. *Flucht in Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft*. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Di Stasio, Valentina, Bram Lancee, Susanne Veit und Ruta Yamane. 2019. Muslim by default or religious discrimination? Results from a cross-national field experiment on hiring discrimination. *Journal of Ethnic and Migration Studies* 47 (6):1305–1326.
- Dienstbühl, Dorothee. 2019. *Extremismus und Radikalisierung. Kriminologisches Handbuch zur aktuellen Sicherheitslage*. Stuttgart: Richard Boorberg Verlag.